Erneuerung und Sicherung des Youngplans das wirtschaftliche Chaos heraufbeschwören muß. Jetzt, wo die furchtbarste, unmittelbarste Gefahr fürs erste gebannt ist, sickert allmählich von den amtlichen Stellen eine grauenhafte Wahrheit durch. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat unwidersprochen feststellen können, daß nur sein Ruf vom 20. Juni Deutschland vor einer völligen Katastrophe vom 22. Juni hat retten können. In der Tat, die deutsche Erfüllungspolitik hatte vollkommen Bankrott gemacht. Wie im November 1923, drohte trotz Notverordnung alles zusammenzubrechen, Staat, Finanzen und Wirtschaft. 1923 konnten wir uns durch das Wunder der Rentenmark noch aus eigener Kraft helfen. Diesmal lag die Rettung nicht einmal mehr bei uns selbst. Hoover und der ausländische Goldkredit an die Reichsbank haben uns über Wasser gehalten. Eine bittere Erkenntnis und zugleich eine scharfe Verurteilung der laienhaften Parole: „Erst Sanierung, dann Revision." Hierüber wären wir fast ins Chaos geraten, und es ist nicht das Verdienst der Regierung, daß die Hooveraktion eine Sekunde früher kam, ehe es zu spät wurde. Dafür einen unverdächtigen Zeugen: die offizielle Korrespondenz des Reichskanzler schreibt selbst:

„Das Bekanntwerden des Hooverplanes hat seinerzeit, buchstäblich in zwölfter Stunde, den finanziellen Zusammenbruch verhütet. Neue Hoffnung erwuchs, und um die durch die politischen Verhandlungen beanspruchte Zwischenspanne überwinden zu können, wurde der Reichsbank ein 100-Millionen-Dollar-Kredit eingeräumt, der zur Stunde auf Heller und Pfennig aufgebraucht ist! Wir stehen also heute nicht nur vor dem Nichts, sondern zu diesem Nichts kommt jetzt auch noch obendrein die Verpflichtung der Reichsbank, innerhalb 10 Tagen die 420 Millionen Reichsmark Kredit wieder zurückzuzahlen. Wie die Dinge heute stehen, würde, wenn mittlerweile eine Einigung über die Aussetzung der Zahlungen nicht zustande gekommen wäre, die Reichsbank gar nicht in der Lage gewesen sein, auch nur einen Pfennig für die nächstfällige Transferrate zu bezahlen. Der Erklärung eines Transfermoratoriums, das nach dem Buchstaben des Youngplans erst in drei Monaten hätte praktisch werden können, wäre unter den obwaltenden Umständen nur noch platonischer Wert beizumessen gewesen."

Schärfer kann die Situation nicht gekennzeichnet werden, überzeugender als diese offizielle Stelle vermag man den restlosen Zusammenbruch der Erfüllungspolitik und der Illusionen aus dem Youngplan — Ankurbelung der Wirtschaft, Rückgang der Erwerbslosigkeit, Kapitalbildung, Steuerermäßigungen — nicht darzulegen. Das ist das Ergebnis der Erfüllung des Youngplans nach einem Jahr: Hoover rettet uns vor dem Chaos, trotzdem stehen wir vor dem Nichts und haben obendrein schwere Verpflichtung. Seit Anfang Juni äußerte sich die herannahende Katastrophe in dem steten Devisenabfluß. Zwei Milliarden Deckungsmittel gingen uns verloren. Die gewaltsame Diskonterhöhung von 5 auf 7 Prozent blieb wirkungslos, weil sie selbstverständlich das Vertrauen nicht wiederherstellen konnte. Der Ultimo konnte nur noch mit Hilfe des 100-Millionen-Dollar-Kredits überwunden werden, der jetzt aufgebraucht ist, aber am 16. Juli zurückgezahlt werden soll. Was wäre ohne diesen Kredit geschehen? Zwei Möglichkeiten gab es: Die Notendeckungsgrenze hätte unter die 40prozentige Deckung herabgesetzt werden können. Aber unter den gegebenen Verhältnissen hätte das nichts anderes bedeutet, als daß die Reichsbank selbst das Signal zur Panik gegeben hätte. Die zweite Möglichkeit wäre gewesen, die Krediteinschränkung rücksichtslos durchzuführen. Dann wäre über einer geretteten Währung die Wirtschaft zusammengebrochen. Nicht die Währung war in Gefahr in dieser Woche. Und zwar deshalb nicht, weil man die Methoden der Inflation nicht zum zweiten Male wiederholen kann, wenn das Publikum sich dagegen sträubt. Aber die Wirtschaft. Das Reich, das für den Ultimo bei den Banken einen Kredit von 250 Millionen zugesagt erhalten hatte, würde nichts bekommen haben. Es wäre also zahlungsunfähig geworden. Aehnliches wäre bei der Privatwirtschaft der Fall gewesen. Gewaltsame Kreditkündigungen, Zusammenbrüche, vermehrte Kündigung der Auslandsguthaben in Deutschland, kurz der Absturz ins Chaos wären die Folgen gewesen.

Wir haben, Gott sei Dank, nicht gewußt, in welcher Gefahr wir schwebten. Erst rückschauend haben wir Zeit, schaudernd zu erkennen, welchem Unheil wir entronnen sind. Allerdings nur vorläufig. Es ist charakteristisch, daß der Generalrat der Reichsbank am Sonntag zusammentrat, um die ernste Lage zu klären. Leben wir doch nach dem Verbrauch des 100-Millionen-Dollar-Kredits, dessen Rückzahlung in kurzem fällig wird, buchstäblich davon, daß mit dem Schuldenfeierjahr wieder das Vertrauen zurückkehren wird. Unsere schweren Sorgen dauern weiter. Sie sind nur nicht mehr lebensgefährlich. Was haben uns aber diese Gefahrentage gelehrt: Deutschland ist am Ende seiner Kraft. Das Schuldenfeierjahr saniert uns nicht so weit, um an seinem Abschluß erneut den Youngplan, der uns so tief in die Katastrophe zu führen drohte, ohne erneute Gefahr anzuschließen. Selbst der amtliche „Heimatdienst" meint: „Es ist nach menschlicher Voraussicht ausgeschlossen, daß die Handels- und Dienstbilanz Deutschlands in absehbarer Zeit einen Ueberschuß erzielen kann, der zur Bezahlung der nach dem Youngplan geforderten Reparationen und zugleich zur Verzinsung und Tilgung der bislang aufgenommenen Auslandskredite ausreicht, geschweige denn weiterer Kredite."

Was folgert daraus? Daß Deutschland auf der demnächst zu erwartenden dritten Tributkonferenz nichts weiter zu verlieren hat als seine Ketten aus dem Youngplan. Hüten wir uns davor, nach dem Willen Frankreichs einer Neuauflage des Youngplans zuzustimmen. Vergessen wir nicht, die Inflationskrise haben wir aus eigener Kraft überstanden, die Youngplankrise nur mit Hilfe des amerikanischen Präsidenten, die nächste Krise würde tödlich sein. Da wir nichts mehr zu verlieren haben, kann uns also nur eine mutige, mannhafte Sprache nützen, die auch vor Frankreichs Künsten nicht zurückscheut. So problematisch der Hooverplan ist, die Wahrheit über Frankreich scheint in der ganzen Welt gesichert. Schicken wir also die Männer zur kommenden Konferenz, die das nationale Deutschland vertreten. Weil Paris sie haßt, werden sie der ernüchterten Welt zweifellos als Verhandlungspartner willkommen sein, wenn es, um mit Hearst zu sprechen, gilt, „weiteres Unheil durch die französische Prestigepolitik" zu verhüten.

Ein neuer Kredit für die Reichsbank?

Newyork, 6. Juli. Eine Anzahl in Wallstreet führender Bankiers hielt heute längere Besprechungen über die deutsche Kreditlage ab. Gerüchtweise verlautet, daß prominente Banken einen neuen Kredit in Höhe von 50 Millionen Dollar für die Reichsbank in Erwägung gezogen haben.

Deutschland unter Finanzdruck Frankreichs

Kreditkündigung aus politischen Gründen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 6. Juli. Ganz entgegengesetzt den Erwartungen, die man auch augenscheinlich noch gestern innerhalb der Kreise der Reichsbank hegte, sind die Devisenanforderungen heute wieder außerordentlich gewachsen, man schätzt sie auf über 80 Millionen Reichsmark. In deutschen Bankkreisen setzt sich immer mehr die Ueberzeugung durch, daß die fortgesetzten Kreditkündigungen und -zurückziehungen nichts mehr mit Vertrauen oder Mißtrauen gegenüber Deutschland zu tun haben, sondern daß es sich hier um einen auf direktem und indirektem Wege ausgeübten Druck aus politischen Motiven handelt, um die finanzielle Lage Deutschlands so zuzuspitzen, daß es gezwungen ist, Frankreich alle politischen Zugeständnisse zu machen, die es verlangt. Man wird insbesondere heute stark an die Youngverhandlungen 1929 erinnert, wo man täglich das Barometer der Pariser Verhandlungen an den Devisenanforderungen in Deutschland ablesen konnte. An der Börse setzten sich die Verkäufe zu Selbstbeschaffungszwecken fort, was wiederum Kursverluste bis zu 7 und 8 v. H. gegenüber der Vortagsbörse zur Folge hatte. Tägliches Geld bleibt stark gesucht und ist nur zu 9 bis 11 v. H. erhältlich.

Die Reichsbank wird schwerlich noch lange Zeit abwarten können. Wenn nicht in den nächsten Tagen schon eine politische Entscheidung fällt, die zum mindesten technisch als etwas Positives gewertet werden kann, dann wird es doch zu der gefürchteten und in ihrer Auswirkung

schwerwiegenden Kreditrestriktion kommen müssen.

*

Inzwischen wird an der Erklärung Brünings an die Adresse des amerikanischen Botschafters auch in der Berliner Presse erheblich Kritik geübt. Das Blatt des Reichsernährungsministers, die „Deutsche Tageszeitung", erklärt, sie müsse ein starkes Befremden über diesen Vorgang ausdrücken. „Wir sehen darin ein

sehr bedenkliches Nachgeben gegenüber den sofort nach Bekanntgabe des Hooverplanes lautgewordenen und bis heute nicht verstummten Forderungen nach politischen Konzessionen von seiten Deutschlands.

Wir vermissen in der Erklärung des Reichskanzlers, obwohl sie in der Sache nur eine Selbstverständlichkeit feststellen soll, eine starke Betonung des Rechtes, über die Gestaltung des Reichshaushalts souverän und ohne jede Einmischung des Auslandes zu verfügen. Wir bedauern die Erklärung im Interesse der Würde des Reiches."

Das Programm für Stimsons Italienbesuch

Rom, 6. Juli. Am Montagmittag ist Staatssekretär Stimson in Palermo eingetroffen und am Abend nach Neapel weitergereist. Der amerikanische Botschafter wurde am Montag von Grandi empfangen und fuhr darauf nach Neapel, um Stimson dort zu begrüßen. Dieser wird sich zwei Tage in Neapel aufhalten und am Mittwochnachmittag mit dem Auto nach Rom fahren. Am Donnerstag wird er Grandi einen Besuch abstatten, am Nachmittag wird er Mussolini aufsuchen. An dem Festmahl, das die amerikanische Botschaft am selben Abend veranstaltet, wird Mussolini ebenfalls teilnehmen. Am 10. Juli wird Grandi zu Ehren seines Gastes ein Frühstück geben. Außerdem soll am Abend zu Ehren Stimsons das Kapitol festlich erleuchtet werden. Wie verlautet, wird Stimson bereits am 11. Juli nach Florenz weiterreisen.

Hamburger Uniformverbot gegen die Nationalsozialisten ungültig

Hamburg, 6. Juli. Vor dem Strafsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts fand eine Revisionsverhandlung gegen ein Urteil des Amtsgerichts Hamburg statt, welches das Uniformverbot des Hamburger Senats vom 20. Oktober 1930 als ungültig bezeichnet hatte, weil das Tragen der Uniform eine Meinungsäußerung darstelle, die nach der Reichsverfassung jedem Staatsbürger gestattet werden müsse. In dem Urteil hieß es weiter, das Verbot des Senats stelle sich deshalb als Sondergesetz dar. Sondergesetze seien aber in Deutschland verboten. Deshalb sei das Verbot des Senats ungültig. Gegen diese Entscheidung hatte der Staatsanwalt Revision eingelegt. In der letzten Verhandlung vor dem Oberlandesgericht wurde die Materie nochmals eingehend dargelegt. Das Gericht verwarf dann die Revision der Staatsanwaltschaft und legte die Kosten des Verfahrens dem Staate auf. **Damit ist der Uniformstreit in Hamburg durch höchstinstanzliches Urteil entschieden. Das Verbot des Senats ist ungültig.**

Vom Deutschen Städtetag

Düsseldorf, 6. Juli. In der letzten Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages wurden in den wichtigsten Ausschüssen eine Reihe von Umbesetzungen vorgenommen. Nach diesen Wahlen setzen sich die Ausschüsse wie folgt zusammen:

Finanzausschuß: Stadtkämmerer Asch (Berlin); Oberbürgermeister Dr. Goerdeler (Leipzig); Beigeordneter Kloft (Essen); Bürgermeister Gervais (Aachen); Stadtkämmerer Szillat (Rathenow).

Presseausschuß: Oberbürgermeister Reuter (Magdeburg); Direktor Dr. Kluthe (Düsseldorf); Direktor Taepper (Köln a. Rh.).

Verfassungsausschuß: Oberbürgermeister Dr. Heimerich (Mannheim); Oberbürgermeister Dr. Külz (Dresden); Oberbürgermeister Dr. Sahm (Berlin).

Der englische Flottenbesuch in Kiel

Kiel, 6. Juli. Der Chef der Marinestation der Ostsee, Vizeadmiral Hansen, hatte aus Anlaß des englischen Flottenbesuches für heute abend Einladungen zu einem Essen in kleinem Kreise ergehen lassen, an dem der englische Geschwaderchef, Konteradmiral Astley-Rushton, mit den Herren seines Stabes und die Kommandanten der beiden englischen Kreuzer, die Kapitäne Prickett und Power, teilnahmen. Ein Empfang mit Tanz in der Seeburg, dem Besitz des Stationschefs, der die englischen Offiziere und ihre deutschen Gastgeber in fröhlicher Gesellschaft vereinte, schloß sich an. Für eine große Anzahl von englischen Unteroffizieren und Mannschaften fand gleichzeitig auf Einladung der Stadt Kiel eine Kinovorstellung statt.

Am Nachmittag hatte die Bevölkerung der Stadt Kiel von der Möglichkeit, die englischen Kriegsschiffe zu besichtigen, wiederum in weitestem Umfange Gebrauch gemacht. Während die Segelregatta mit Kriegsschiffbooten mit der Preisverteilung auf der Sendlitzbrücke ihren Abschluß fand, veranstaltete die Marine-Artillerie-Abteilung auf den Schießständen in Holtenau für die englischen und deutschen Schiffsbesatzungen ein Wettschießen, bei dem sich die Engländer als ausgezeichnete Schützen erwiesen.

Ein Flugzeugabsturz fordert sechs Tote

London, 6. Juli. Bei Lucerne in Kalifornien wurden bei dem Absturz eines Flugzeuges sechs Personen getötet. Unter den Toten befindet sich der bekannte Golfspieler Ritchie.

Volksparteiliche Richtlinien zur Außenpolitik

Reichstagsabgeordneter Dr. Schneider spricht vor dem ostsächsischen Vertretertag

Die Deutsche Volkspartei des ostsächsischen Wahlkreises hielt am Sonnabend in Dresden einen gutbesuchten außerordentlichen Vertretertag ab, dessen Leitung in den Händen des Wahlkreisvorsitzenden, Direktor Beck (Herrnhut), lag. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des kürzlich verschiedenen Zentralvorstandsmitgliedes, Kommerzienrat Busch (Bautzen). Für den Verstorbenen tritt Direktor Kretzschmar (Freiberg) als neuer Vertreter Ostsachsens in den Zentralvorstand der Partei ein.

Den politischen Teil der Vertretertagung eröffnete

Reichstagsabgeordneter Dr. Rudolph Schneider, Dresden

mit ausführlichen Darlegungen über die politische und wirtschaftliche Lage. Er führte etwa folgendes aus:

Wenn auch der Hoffnungsüberschwang, der vor vierzehn Tagen bei der ersten Nachricht von Hoovers Vorschlag viele erfüllte, manchmal fast in Enttäuschung umzuschlagen drohte, so können wir heute doch feststellen, daß Deutschland in den nächsten 12 Monaten mindestens 1500 Millionen Mark Tributzahlungen nicht zu leisten braucht und in den folgenden Jahren keinesfalls dafür mehr als bisher wird zahlen müssen, sondern daß wir nicht ohne Hoffnung in den Endkampf um die Begleichung der Tributpläne eingetreten sind.

Der Youngplan ist schwer angeschlagen. In einem Jahre werden wir die Dinge keinesfalls dort wieder anfangen dürfen, wo Hoover sie jetzt unterbrochen hat.

Wer hätte vor drei Wochen vorauszusagen gewagt, daß wir heute bereits eine Erleichterung um derartige Beträge, ja sogar einschließlich des Betrages der „ungeschätzten Annuität" bekommen würden? Selbst Männer wie der Präsident der Bank von England haben noch während der Tage von Chequers es als unmöglich bezeichnet, daß die Vereinigten Staaten vor ihrer Präsidentenwahl, also vor November, zu irgendwelchen entscheidenden Schritten sich verstehen könnten. Die Größe der Hooverschen Tat, die niemand zu hoffen gewagt hat, darf keiner verkleinern, auch wenn wir uns genau bewußt sind, wieviel nun erst noch erkämpft und erarbeitet werden muß. Der einmütige, unerschütterliche Wille des ganzen Volkes ist einzusetzen, damit nach dem Hooverschen Feierjahr der verbrecherische Unsinn unmöglicher Tributzahlungen inmitten einer in Kriegs- und Nachkriegsschulden ersticken Welt zu Ende geht.

Es handelt sich nicht mehr um „Revision des Youngplanes", sondern um die endgültige Bereinigung der unmöglichen Verpflichtungen des Versailler Friedens.

Hinter der Auseinandersetzung zwischen der französischen und der amerikanischen Regierung standen die ernsten Fragen der deutsch-französischen Politik. Viel ist zwischen Deutschland und Frankreich zu bereinigen, viel wird von Brünings Unterredung demnächst in Paris abhängen.

Trotz des französischen Einspruchs werden wir an dem von vaterländischen Hoffnungen getragenen Gedanken der deutsch-österreichischen Zollunion festhalten. Besonders auch für die sächsische Wirtschaft erfreulich ist der Abschluß des Handelsvertrages mit Rumänien, der in Genf ausgezeichnete Aufnahme gefunden hat, obwohl erst sechs Wochen vergangen sind, seit Frankreich den Abschluß gerade dieses Vertrages den Rumänen untersagte. Auch die Verlängerung des deutsch-russischen Handelsabkommens um ein Jahr ist ein Erfolg. — Der viel erörterten

Umbildung des Reichskabinetts

sei keine sehr große Bedeutung beizulegen. Was die Besetzung des Außenministeriums anlangt, so sei es jedenfalls falsch, gerade während des Rennens die Pferde zu wechseln. Viel schwerer als solche Personalfragen wiegt der Umstand, daß während der vierzehn Tage Unsicherheit um den Hooverschen Plan der Ansturm auf die deutsche Reichsbank weitergegangen ist, aber wir haben die unbedingte Sicherheit, daß uns keine neue Inflation und keine Erschütterung der absolut stabilen Währung droht. Ein solcher Goldverlust, wie ihn die Reichsbank seit Pfingsten in ihrem Kampfe um die Festigkeit der Reichsmark ausgehalten hat, ist allerdings in der Geschichte aller Zentralnotenbanken noch nie dagewesen; doch mit dem Inkrafttreten des Hooverschen Planes ist heute die Gefahrenzone passiert. Sehr ernst ist selbst nach dem vorläufigen Wegfall der Tributzahlungen die Lage der Reichsfinanzen zu beurteilen. Wir sind längst nicht über den Berg. Immer noch drohen die Ausgaben größer zu werden, als unsere jämmerlich zusammenschrumpfenden Steuereinnahmen. Deshalb werden wir bei aller Kritik, die wir sowohl in den Einzelheiten wie grundsätzlich gegen die Brüningsche Notverordnung erheben, damit rechnen müssen, daß sie Brüning nach Milderung einzelner Härten aufrechterhält.

An der sich an die Rede anschließenden längeren Aussprache beteiligten sich Medizinalrat Schnabel (Radebeul), Landtagsabgeordneter Dieckmann (Dresden), Frau Dr. Hertwig-Bünger (Oberlößnitz), Rechtsanwalt Höhne (Dresden), Oberverwaltungssekretär A. Petrich (Bautzen), Frau Stadtverordnete Pechmann (Dresden), Frau Friedrich (Dresden), Studienrat Müller (Pirna).

Verfassungsfeier vor leeren Stühlen

Berlin, 6. Juli. In der Berliner Universität fand am gestrigen Sonntag die vom Kultusminister angeordnete Verfassungsfeier statt. Die Beteiligung war aber so gering, daß der Rektor seine Verfassungsrede vor leeren Stühlen halten mußte. Besonders traurig ist die demokratische Presse darüber, daß nicht einmal die republikanischen Hochschulgruppen Veranlassung nahmen, zu dieser Feier in der Universität zu erscheinen. Auch an diesem Beispiel dürfte man wieder einmal ersehen, daß Feiern im Volke selbst verankert sein müssen, wenn sie einen guten Verlauf nehmen sollen.

Die englische Bergwerksvorlage vom Unterhaus angenommen. Das Unterhaus billigte heute ohne Abstimmung in zweiter Lesung die Vorlage über die Kohlenbergwerke.